

# Chaos statt bewährter Versorgungsstrukturen?

*Kassenärztetag 1999: Scharfe Kritik am Regierungsentwurf zur Gesundheitsreform 2000 – Sicherstellungsauftrag der KVen bedroht*

von **Frank Naundorf**

Den Sicherstellungsauftrag können die Kassenärztlichen Vereinigungen nicht mehr übernehmen, wenn die von der Regierungskoalition vorgelegten Eckpunkte zur Gesundheitsreform 2000 umgesetzt werden“, kündigte Dr. Winfried Schorre anlässlich des Kassenärztetages 1999 in Köln an. Zu der Protestveranstaltung waren am 20. März rund 800 Ärztinnen und Ärzte in die Kölner Messe gekommen.

trugen die Kritik an der Regierung mit.

Bleibt die Regierung bei ihrem Entwurf, so könnten sich die KVen nach Schorres Worten auf ihre gewerkschaftliche Tradition zurückbesinnen. Spätestens bei Vorlage des Referentenentwurfs zur Gesundheitsreform 2000 werde sich zeigen, ob die Belange der Vertragsärzte berücksichtigt worden seien. „Wir wehren uns gegen eine Politik, die den Krankenkassen alle Kompeten-

kann keine Rede davon sein, daß in Zukunft alle Macht den Kassen gehört, die Reform geht nicht zu Lasten der niedergelassenen Ärzte.“ So sei etwa das Vorhaben, den Krankenkassen die Möglichkeit zu schaffen, Verträge mit einzelnen Leistungserbringern abzuschließen, kein Einkaufsmodell.

Die Ergänzung der durch eine starke Erkältung angeschlagenen Ministerin, es handele sich hierbei um ein Verkaufsmodell, ging im lautstarken Protest der Zuhörer unter. Auch an anderen strittigen Positionen des Eckpunktepapiers wie der Umsetzung eines Globalbudgets und sektoraler Budgets sowie der Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung hielt Fischer fest.

„Die Öffnung der Krankenhäuser ist aber keine Einbahnstraße“, erklärte die Ministerin. Vertragsärzte sollen sich in Zukunft zusammenschließen können, um im begrenzten Umfang Patienten ambulant oder kurzstationär im Krankenhaus zu behandeln.

Fischer betonte, daß die vorgelegten Eckpunkte nicht als Geset-



„Chaos statt Solidarität“ befürchtet die Kassenärztliche Bundesvereinigung, wenn die Koalitionsparteien ihre gesundheitspolitischen Eckpunkte zum Gesetz machen.  
Foto: Frank Naundorf

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der KV Nordrhein (KVNo) forderte die Regierungskoalition auf, ihr Reformkonzept grundlegend zu überarbeiten. Dieser Forderung schlossen sich Vertreter der KVen sowie der Präsident der Bundesärztekammer, Professor Dr. Karsten Vilmar, an. Auch Vertreter ärztlicher Berufsverbände sowie der psychologischen Psychotherapeuten

zen in die Hand gibt, bewährte Versorgungsstrukturen zerstört und Chaos produziert“, sagte Schorre, der für seine kämpferische Rede stehende Ovationen erntete.

**Fischer: Keine Reform zu Lasten der Vertragsärzte**

Die Bundesministerin für Gesundheit, Andrea Fischer, verteidigte indessen die Reformpläne: „Es

*Dr. Winfried Schorre: Ausgaben im Gesundheitswesen am Bedarf der Patienten orientieren.*  
Foto: Frank Naundorf



## KBV präsentiert eigene Reformvorschläge

Die von der KBV entwickelten Vorschläge zur Strukturreform im Gesundheitswesen stellt der Hauptgeschäftsführer Dr. Rainer Hess vor. Die wichtigsten Punkte:

- Statt eines Globalbudgets für einzelne Krankenkassen oder einen Krankenkassenverband soll eine globale Ausgabensteuerung mit kassenartenübergreifenden Wachstumsgrenzen sowie eine Begrenzung des GKV-Leistungskataloges auf das medizinisch Notwendige stattfinden.
- Die Stärkung der hausärztlichen Versorgung soll unter anderem über ein eigenes Hausarztkapitel im EBM sowie die Einführung von Wahlтарifen für Versicherte auf freiwilliger Basis umgesetzt werden.
- Statt der weiteren Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung soll die Verzahnung von ambulantem und stationärem Bereich systematisch vorangetrieben werden.
- Die Bedarfsplanung und das Vergütungssystem sollen neu geordnet werden. Hinsichtlich des Honorierungssystems schlug Hess einen nach Arztgruppen gegliederten EBM mit Leistungskomplexen vor.

zestext mißverstanden werden dürfen – sie seien vielmehr Grundlage für eine Debatte aller Beteiligten. Die Stabilität der Beitragssätze allerdings ist nach den Worten der Ministerin eine Prämisse, an der nicht gerüttelt werden kann. Es gehe in den anstehenden Gesprächen daher vor allem darum, Fehlsteuerungen abzubauen.

Fischer will Einsparmöglichkeiten insbesondere erreichen durch den Abbau starrer Versorgungsstrukturen, die Einführung eines Honorierungssystems, das mehr Anreize zu Qualität und Patientenzufriedenheit bietet sowie durch eine effizientere Versorgung mit Arzneimitteln. Dabei hoffe sie auf eine konstruktive Auseinandersetzung über die Gesundheitsreform 2000 auch mit der KBV.

### Gesundheitsreform 2000: Chaos statt Solidarität

„Es ist zu begrüßen, daß die Regierungskoalition offensichtlich bereit ist, ihre Eckpunkte zur Gesundheitsreform in wesentlichen Punkten zu überarbeiten“, antwortete Schorre. Es bleibe aber beim Grunddissens zum Fortbestand sektoraler Budgets.

Der KBV-Vorsitzende warnte zudem eindringlich vor einer weiteren Verschärfung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen: „Der Patient bleibt im Gerangel der Krankenkassen um besonders gute Risiken auf der Strecke.“

Gefahr drohe auch aus einer anderen Ecke: Neue Versorgungsformen sind nach Schorres Ansicht bislang nicht ausreichend erprobt. Deswegen dürften diese auf keinen Fall bereits ab dem Jahr 2000 in die Regelversorgung aufgenommen werden. Erst nachdem solide Kenntnisse darüber vorlägen, ob neue Kooperationsformen tatsächlich die Versorgung verbesserten, sollten diese integriert werden. Ansonsten drohe das Motto des Kassenärztetages wahr zu werden: „Gesundheitsreform 2000 – Chaos statt Solidarität.“

Scharf kritisierte der KBV-Vorsitzende, daß die Gesundheitsministerin bisher alle Bemühungen, die Reformpläne zu diskutieren, abgeblockt habe: „Die Kassenärzte sind tief enttäuscht und zornig. Die sich nahezu fünf Monate hinziehende Gesprächsverweigerung läßt sich nicht mit dem angebotenen Dialog vereinbaren.“ Unter tosendem Beifall stellte Schorre klar, daß die Kassenärzte es leid seien, den Sündenbock für Ausgabensteigerungen der Krankenkassen abzugeben, zumal von der ambulanten ärztlichen Versorgung seit Jahren kein Impuls zu Beitragssatzanhebungen ausgegangen sei.

Wenn nun durch Einkaufsmodelle die Anteile für die Vertragsärzte, die im bisherigen System arbeiteten, immer kleiner würden, wenn gleichzeitig die Krankenhäuser zunehmend aus dem Budget der Vertragsärzte finanziert würden

und die Fachärzte wegen ungleicher Wettbewerbsbedingungen zumindest im Einzugsbereich eines Krankenhauses nicht mehr existieren könnten, dann sei die Grundlage für den Sicherstellungsauftrag der KVen nicht mehr vorhanden, erklärte Schorre.

Er forderte die Regierungskoalition deswegen auf, von sektoralen Budgets Abstand zu nehmen. Auch der Plan, innerhalb des ambulanten Sektors ein eigenes Hausarztbudget einzurichten, solle fallengelassen werden. Darüber hinaus müsse die unwürdige Budgetierung von Arznei- und Heilmitteln ein Ende haben sowie die Ausgaben im Gesundheitswesen endlich am Bedarf der Patienten orientiert werden. Schorre betonte, über die Untiefen des durch die Reformpläne drohenden Chaos eine Brücke schlagen zu wollen. Dafür seien aber weitere Beratungen mit der Ministerin notwendig.

### Vilmar: Ärzte einig gegen gefährliche Schnellschüsse

Der Präsident der Bundesärztekammer, Professor Dr. Karsten Vilmar, warnte die Ministerin vor „politischen Humanexperimenten“. Die Budgetierung ende zwangsläufig mit Leistungsbegrenzung und mache aus mündigen Bürgern entmündigte Patienten. Damit werde die erklärte Absicht der Regierung, die Patienten zu stärken, ad absurdum geführt. Vilmar: „Gegen übereilte Reformvorhaben der Regierungskoalition werden sich alle 357.000 Ärzte solidarisch wenden, um die vernünftige Versorgung unserer Patienten zu sichern.“



Andrea Fischer: Beitragssatzstabilität bleibt die Prämisse. Foto: Frank Naundorf